



# urban forum

Die Zeitschrift für den Lebensraum Stadt.



## Nach Corona: Stadt- oder Landflucht?

**Gemeindefusionen können sich lohnen**

Kommentar von Peter Biwald

S 3

**Der Erreger als Aufdecker**

Kommentar von Gerlind Weber

S 6

**Europa und die Coronapandemie**

Interview mit Günther Sidl

S 8



## Liebe Leserinnen, liebe Leser!



**Bernhard Müller, BA, MPA**  
ist Generalsekretär von  
Urban Forum

Während aus der Ukraine aufgrund des furchtbaren Angriffskriegs gegen ihr Land bereits rund 4,5 Millionen Menschen flüchten mussten, sprechen wir in dieser Ausgabe von „Urban Forum“ glücklicherweise nur von Stadt- vs. Landflucht und nicht von Vertreibung im völkerrechtlichen Sinn. Trotz der furchtbaren Bilder einer humanitären Katastrophe eines europäischen Nachbarlandes, von zerbombten Städten und unzähligen Opfern, ist es die Pflicht eines Stadtforschungsinstituts, ihren Aufgaben nachzukommen, und dazu gehört es, die Folgen der Coronapandemie auf die österreichischen Kommunen zu untersuchen. Vielfach haben heimische Medien – teils sehr unreflektiert und wenig faktenreich – über angebliche Wanderungsbewegungen von den kleinen Gemeinden in die Städte oder umgekehrt berichtet. Was daran evidenzbasiert ist, haben Top-Fachleute für uns untersucht und auch Lösungsvorschläge zu diesem Themenkomplex gemacht. Weiters finden Sie

in der vorliegenden Zeitschrift interessante Antworten auf aktuelle Fragen, die wir im Rahmen von zwei Interviews gestellt haben. Die Reaktionen der Leserinnen und Leser haben uns in der nahen Vergangenheit darin bestärkt, die Schwerpunkte in unserer Zeitschrift noch stärker zu forcieren.

**Lassen Sie sich überraschen, was wir heuer noch alles planen. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen und einen hohen Erkenntnisgewinn!**



## BUCHBESPRECHUNG

### „Stille Stadt“ von Peter Payer & Christopher Mavric

*„Der Historiker denkt nicht nur über Menschen nach. Die Atmosphäre, in der sein Denken von Natur aus atmet, ist die Kategorie der Zeit.“*



Mit diesem passenden Zitat wird das Buch „Stille Stadt“, verfasst von Peter Payer, eingeleitet. Die Thematik fokussiert sich auf die noch anhaltende Coronapandemie und einige bedeutsame Ereignisse, die sich im Laufe der letzten Jahre abgespielt haben. Die Herausforderungen, die wir täglich zu bewältigen haben und die enormen Umstände sowie Veränderungen die damit verbunden sind, konnten durch den Fotografen Christopher Mavric opti-

mal in Szene gesetzt werden. Es werden Orte enthüllt, die als trübselige Leere fotografisch festgehalten wurden, allerdings vor nicht allzu langer Zeit voller Leben sprossen. Übersichtlich werden in kurzen Tagesabständen immer wieder einzelne Zwischenstände oder Meilensteine angeführt und erklärt, nachvollziehbar werden vom 31. Dezember 2019 bis zum 1. Jänner 2021 die Vorkommnisse erläutert. Doch nicht nur die Coronapandemie werden in der Pub-

likation thematisiert, sondern auch Demonstrationen und erschreckende Vorfälle, die die ganze Welt bewegt haben. Das Buch fasst ideal zusammen, wie die heutige Generation auf eine solche Krise reagiert und wie sich unser aller Leben rapide ändern kann.

**Sara Plavotic**

Impressum: **Urban Forum | Egon Matzner-Institut für Stadtforschung**

Chefredaktion: Bernhard Müller, BA, MPA | Tel.: +43/2622 21132 | Fax.: +43/2622 21388 | E-Mail: [office@urbanforum.at](mailto:office@urbanforum.at) | [www.urbanforum.at](http://www.urbanforum.at)  
Neunkirchner Straße 15/7, 2700 Wiener Neustadt | ZVR-Zahl: 169347700 | Foto Titelseite: © Shutterstock

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in der Zeitschrift auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z. B. BürgerInnen, EinwohnerInnen, WissenschaftlerInnen etc. verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

## Gemeindefusionen können sich lohnen



© Bigstock

Kleinteilige Gemeindestrukturen stellen die kommunale Ebene bei der Erbringung und Finanzierung der Daseinsvorsorge vor große Herausforderungen. Gemeindefusionen können ein Beitrag sein, um in der Region schlagkräftige Strukturen zu schaffen und die Weiterentwicklung im Interesse der Menschen vor Ort zu ermöglichen. In einem KDZ-Dialog Anfang Februar wurden die beiden Beispiele Rohrbach-Berg (Oberösterreich) und Trofaiach (Steiermark) mit den beiden Bürgermeistern diskutiert (zum Nachhören als Podcast auf [kdz.eu/de/kdzimdialog](https://kdz.eu/de/kdzimdialog)). Die beiden Gemeinden fusionierten vor mehr als sieben Jahren freiwillig.

Vorweg kann gesagt werden, dass es sich für beide Gemeinden gelohnt hat. Dies ist jedoch kein Selbstläufer, sondern der Nutzen muss konsequent erarbeitet werden. Durch die Zusammenführung der Gemeinden zu einer neuen Stadt konnte eine Stärkung der finanziellen Leistungsfähigkeit und Finanzkraft erzielt werden, und gemeinsam können größere Investitionen leichter finanziert werden. Der steirische Bürgermeister brachte es auf den Punkt: Ohne Fusion hätten die drei Gemeinden die Auswirkungen der COVID-Pandemie finanziell nicht stemmen können.

Die neue Kommune ist besser in der Lage, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und weiter auszubauen. Durch die Vereinigung der Gemeinden konnte ein starkes regionales Zen-

trum im Mühlviertel bzw. eine attraktive Stadt im Umfeld der Universitäts- und Wirtschaftsstadt Leoben geschaffen werden. Die Fusion der Gemeinden sichert eine klare und dauerhaft handlungsfähige Gemeindeverwaltung durch die Zusammenführung der vorhandenen Strukturen. Für die MitarbeiterInnen ergaben sich dadurch neue Chancen. Die vorhandenen Flächen im Siedlungs- und Wirtschaftsraum können besser genutzt werden, wichtige Vorhaben wie z.B. die Ausweisung von Bauland oder von gewerblich genutzten Flächen, Planung von Verkehrskonzepten vermögen in größeren Einheiten besser gelöst werden.

Eine zentrale Lektion ist, die Bürger\*innen, die Vereine, die Mitarbeiter\*innen wie auch die Politik von Beginn an einzubeziehen. Mit der Kommunikation und Mitwirkung steht und fällt der Erfolg des Vorhabens. Weiters müssen die fusionierenden Gemeinden topografisch und gesellschaftlich (z.B. Vereinsstruktur) zusammenpassen. Wichtig ist es, die Chancen zu nutzen, Vorteile rasch zu erarbeiten und umzusetzen sowie die Potenziale der vorher genannten Gruppen im Prozess einzubinden. Die Schaffung einer neuen Stadt bzw. Gemeinde ist ein hartes Stück Arbeit, das sich lohnen kann.



© zvg

**Mag. Peter Biwald**  
Geschäftsführer KDZ –  
Zentrum für Verwaltungsforschung

## Nach Corona: Stadt- oder Landflucht? Ungarn: Massive Landflucht



Seit dem Ausbruch des Coronavirus flohen mehr Menschen aus Budapest und dem Osten des Landes als in den Vorjahren. Die Bevölkerungszahl der Siedlungen rund um Budapest stieg im Jahresvergleich um 1–8% (300–600 Einwohner). Gewinner bei der Landflucht wurden jedoch die Kleinstädte Westungarns und die Balaton-Umgebung. Rajka, an der slowakisch-ungarischen Grenze, gibt ein erstaunliches Tempo vor, mit einem Bevölkerungswachstum von fast 60% in einem Jahr auf über 6.000 Einwohner. Die Veränderung der Bevölkerungszahl beeinflusste auch die Immobilienpreise. Der 2014 begonnene Preisanstieg setzte sich in Budapest und anderen Städten ab 2021 in rasanter Weise fort. Der Anstieg der Wohnungspreise hat zudem die Abwanderungswelle aus den beliebtesten Städten in die Agglomerationen verstärkt. Der Anstieg der Einwohnerzahl wirkte sich auch auf den Preis für Wohnimmobilien aus: Im Jahr 2021 wurden sie z.B. in der oben genannten Kleinstadt Rajka zu einem Preis von EUR 1.360 pro Quadratmeter zum Verkauf angeboten, was einer Steigerung von 20% im Vergleich zu 2020 entspricht.

Unter den Siedlungen im Top-Ten-Ranking bei der Landflucht, beispielsweise in der Stadt Érd (Großraum Budapest), stiegen die durchschnittlichen Quadratmeterpreise im Vergleich zu 2020 um 23% auf EUR 1.544,-. In der Stadt Gyömrő, ebenfalls in der Nähe von Budapest, stiegen sie um 14% auf EUR 1.510,-. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Landesteilen mit Bezug auf die Kosten für Eigentumswohnungen und Mietwohnungen. Mit Ausnahme der Hauptstadt und des Budapester Großraums waren die Mieten 2021 in der Mittel- und West-Donauregion mit durchschnittlich EUR 360,- am höchsten, während diese Kosten in Nordungarn 20–25% billiger waren. Aber wie alles andere, steigen auch die Kosten für Mietwohnungen von Jahr zu Jahr. 2021 stiegen die Mieten im Vergleich zum Vorjahr um 11,6% in der West-Donauregion und um 5,6% in Nordungarn. So ist die Wachstumsrate doppelt so hoch wie im Nordosten.

Die meisten Orte der Budapest-Umgebung und Westungarns sind auf die massive Zuwanderung nicht vorbereitet. Veraltete Verkehrsinfrastruktur und Wasserversorgung, zu wenige Kindergärten etc. erzeugen heutzutage lokale Proteste gegen die Neuankömmlinge mit der Forderung, dass das Warnschild „Die Siedlung ist voll“ sofort aufgestellt werden soll.



**Dr. László Benedek Flamm**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter von  
EuropaHaus Budapest & Mitglied  
des Kuratoriums von Urban Forum

## Landflucht: Zwei spanische Städte fusionieren

21. Februar 2022, 12.05 Uhr

Angesichts der zunehmenden Landflucht in Spanien schließen sich in der dünn besiedelten Region Extremadura an der Grenze zu Portugal zwei Städte zusammen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der beiden Gemeinden Villanueva de la Serena und Don Benito segneten gestern in Volksbefragungen die Fusion ab.

### Noch kein Name

Die neue Stadt mit insgesamt 63.000 Einwohnerinnen und Einwohnern soll innerhalb der nächsten fünf Jahre entstehen. Einen Namen hat sie noch nicht.



RTVE, 21.2.2022

In Spanien zählt die große Mehrheit der Gemeinden – mehr als 80 Prozent – weniger als 5.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Nach einem Bericht des öffentlich-rechtlichen TV-Senders RTVE bedeutet die Fusion den größten Zusammenschluss zweier Städte in der jüngeren Geschichte des Landes.

Von Politikern wurde die Fusion als Vorbild für andere Gemeinden gelobt. Ministerpräsident Pedro Sanchez schrieb dazu auf Twitter: „Zusammenkommen, um voranzukommen“.

News orf.at, 21. Februar 2022

WIRTSCHAFT

## Verein will Landflucht stoppen

Die Überalterung der Gesellschaft und die Abwanderung junger Fachkräfte ist laut Experten vor allem Innergebirg noch immer ein großes Problem. Die CoV-Lockdowns hätten den Mangel weiter verstärkt. Der Verein „kommbleib“ versucht mit Schulprojekten dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

28. Februar 2022, 7.30 Uhr

Mittlerweile hat „kommbleib“ mehr als 240 Mitgliedsbetriebe im Pinzgau und ist eine der größten Wirtschaftsplattformen im Bundesland. Man will Unternehmen aus Gewerbe, Industrie und Tourismus mit Fachkräften und möglichen Lehrlingen zusammenzubringen.

### Lockdowns brachten Regionalarbeit zum Erliegen

Und diese Kontaktpflege und Informationsarbeit sei nach den zwei Jahren der CoV-Krise besonders wichtig geworden, sagt Geschäftsführerin Johanna Neumayr. Die Lehre habe noch immer nicht das beste Image, das müsse sich ändern: „Wir bemerken immer noch, dass viele jungen Menschen die Region zu verlassen, um zu studieren. Leider kommen die dann vermehrt nicht mehr zurück. Auch hier wollen wir entgegenwirken. Wir wollen uns auch mit den Unis vernetzen, damit wir Bewusstsein schaffen. Viele junge Erwachsene wissen nicht, dass es auch im Pinzgau tolle und innovative Unternehmen gibt, die ausgezeichnete Jobs bieten.“

### „Studium nicht immer zwingend das Beste“

Außerdem arbeitet der Verein „kommbleib“ mit zwölf Pinzgauer Schulen zusammen. Motto: „Wirtschaft macht Schule“. Oft gehe es darum, nicht nur die Jungen zu überzeugen, sondern auch deren Eltern: „Die wollen natürlich immer das Beste für ihre Kinder. Aber das muss nicht zwingend immer ein Studium sein.“

Nachdem der Zwangspause beim Projekt „Wirtschaft macht Schule“ will der Pinzgauer Verein „kommbleib“ im April nun wieder mit der Arbeit beginnen.

News salzburg.orf.at, 28. Februar 2022

C A S A T I  
RECHTSANWALT

MMag. Dr. Claus Casati  
Rechtsanwalt

1060 Wien, Mariahilfer Straße 1b/17

Tel: 01/5811740

Fax: 01/5811740-12

E-mail: office@casati.at

www.casati.at

## Der Erreger als Aufdecker

„Multiples Organversagen“ würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die Medizin bei einem menschlichen Körper diagnostizieren, wenn in kurzer Zeit, gleich einer Kettenreaktion, eine Störung nach der anderen in lebenswichtigen Körperteilen auftritt. So ist es auch schwierig, die aktuellen raumbezogenen Schwachstellen und Fehlentwicklungen in unseren Breiten allein auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen, setzte sich diese Gesundheitskrise doch auf eine große Zahl schon länger wirkender Bedrohungen drauf, wie auf den Klimawandel, die Energiekrise, den Verlust der Biodiversität, die Rohstoffverknappung, die wachsenden sozialen Verwerfungen, die Finanzkrise, enorme Migrationsbewegungen und Kriege. Und doch hat dieser mit freiem Auge unsichtbare, sehr wandlungsfähige Krankheitserreger die Schwachstellen auch unserer Raumorganisation und unserer physischen Raumentwicklungen in kürzester Zeit in einem hohen Maße verdeutlicht, wie es die anderen Krisen bisher nicht vermochten.

Im Weiteren sollen hier fünf raumrelevante Problemfelder beschrieben werden, die Corona wie ein Brennglas fokussiert:

### Der Verlust der Ernährungssouveränität

Der Erreger hat das Bewusstsein dafür geschärft, dass offene Staatsgrenzen im Güter- und Personenverkehr keine unumstößliche Selbstverständlichkeit selbst unter Staaten der Europäischen Union sind. Dieser Umstand wirft eine Sicherheitsfrage mit hoher Raumrelevanz auf, nämlich die des Erhalts der Ernährungssouveränität Österreichs. Das heißt, dass in Situationen, in denen keine Lebensmittelimporte über eine längere Zeitspanne hinweg möglich sind, dennoch innerhalb unserer Staatsgrenzen die angemessene Nahrungsmenge für Mensch und Nutztier gewährleistet sein muss. Derzeit wird durch Versiegelung im Zuge von Hoch- und Tiefbau pro Jahr (!) laut Umweltbundesamt die Ernährungsgrundlage von 20.000 Menschen zerstört. Daran knüpft sich wesensgemäß die Forderung, dass insbesondere bei wachsender Gesamtbevölkerung möglichst zeitnah das sogenannte „Netto-Null-Ziel“ verbindlich festgelegt werden soll, ab dem keine bauliche Entwicklung zu Lasten landwirtschaftlicher Nutzflächen mehr stattfinden darf.

### Die regionalwirtschaftliche Spezialisierung

Mit voller Härte hat die Pandemie aufgrund der weltweit verhängten Reisebeschränkungen gerade jene Regionen österreichweit hart getroffen, die sich über Jahrzehnte auf den Tourismus spezialisiert haben. Allen Mahnungen seitens der Raumwissenschaft zum Trotz, hat man gerade in den Seen- und Berggebieten nicht der Versuchung widerstehen können, auf nur diese eine Cashcow zu setzen und erweiterte Jahr für Jahr die entsprechenden Kapazitäten, quasi vom Gästebett bis zum Großevent. Eine unausweichliche Folge des Ausbleibens der Gäste in der Pandemie: Die Branchenkrise weitet sich zur regionalen Wirtschaftskrise aus und das ohne absehbares Ende. Aufgrund dieser Erfahrung knüpft sich wesensgemäß die Forderung, die Regionalwirtschaft stärker zu diversifizieren. Dabei insbesondere die Chancen zu nutzen, die auch die aus Klimaschutzgründen erforderliche regionale Kreislaufwirtschaft bietet, wie gerade die „systemrelevanten Versorgungsbereiche“ Energiebereitstellung, Ernährung, Umbau, Bildung, Pflege, Betreuung und Gesundheit.

### Stadt-Land-Disparitäten

Es gab die Erwartungen, dass Corona einerseits eine „Stadtflucht“ einläuten und andererseits einen Boom an Zuwanderung gerade in strukturschwachen ländlichen Regionen auszulösen vermag. Damit verband sich die Hoffnung, dass die Schere zwischen stark wachsenden Gebieten und jenen, mit anhaltend rückläufigen Entwicklungen bei Bevölkerung und Wirtschaft zumindest nicht weiter aufgehen wird. Denn die erhöhte raumgebundene Vulnerabilität der Stadtbevölkerung in einer Pandemie gründet in der Dichte an Menschen in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie auf zentralen Straßen und Plätzen, in überfüllten innerstädtischen Grünanlagen und stadtnahen Erholungsräumen, in vergleichsweise geringen Wohnflächen, die ein störungsarmes Arbeiten bzw. Lernen in den eigenen vier Wänden erschweren. Im Gegenzug kommen in der Pandemie die räumlichen Vorzüge ländlicher und kleinstädtischer Raumstrukturen zum Tragen, wie die dominante Bebauungsart des freistehenden Einfamilienhauses mit relativ viel Wohnnutzfläche pro Haushalt, die gepaart mit einer funktionierenden digitalen Infrastruktur dem Homeoffice und Homeschooling entgegenkommen, die privaten Freiflächen und Gärten, die kurzen Wege in die Natur sowie dem Auto als bevorzugtes Fortbewegungsmittel. Tatsächlich hat sich einerseits in den großen Städten die positive Wanderungsbilanz etwas abgeschwächt, indem weniger Personen zuwandern und mehr abwandern als vor der Pandemie. Andererseits zeigt sich auch in den bis anhin strukturschwachen Landgemeinden und Kleinstädten eine verstärkte Nachfrage nach Wohnimmobilien und eine damit einhergehende leichte Erholung vom über Jahrzehnte anhaltenden Bevölkerungsschwund. Doch dieses „zarte Pflänzchen“ eines ansatzweisen Abbaus von regionalen Stadt-Land-Disparitäten wird von einer viel stärkeren Kraft überwuchert: Von der Macht des Geldes. Es ist kein Geheimnis, dass die Null- bzw. Negativzinspolitik im Bankwesen, die Volatilität im Börsengeschehen und die multiplen Krisen die „Flucht ins Betongold“ ungemein anheizen. Diese enormen Investitionen von meist institutionellen Anlegern zielen auf die ihrer Meinung nach „guten Ertragslagen“ ab, wie auf die attraktiven Innenstadtbereiche, das Stadtumland und die landschaftlich noch (!) besonders reizvollen Gegenden in den Bergen und an Seen. Da in diesem Kontext das Bestreben im Vordergrund steht, abstrakte monetäre Werte in reale Sachwerte zu überführen, dreht



© Bigstock

sich - von panikartiger Bauwut angetrieben - dort die Immobilienpreisspirale immer schneller in schwindelerregende Höhen. So hat sich beispielsweise im steirischen Wintersportort Schladming, von sehr hohem Niveau ausgehend, der Quadratmeterpreis von gewidmetem Bauland binnen 2015 und 2020 verdoppelt. Am Stadtrand bzw. im Stadtumland werden ganze Stadtteile mit Bürotürmen, Geschäftsflächen und riesigen Wohnhausanlagen rasch hochgezogen. In den ohnehin schon seit längerem einem hohen Baudruck ausgesetzten Tourismusgemeinden entstehen neue Siedlungsansätze in Form von Chaletdörfern, Geschoßwohnungsbauten und Beherbergungsgroßbetrieben. Kurz, immer mehr „Beton“ für immer weniger Leute, die sich diese „Kathedralen des Kapitals“ leisten können, weder zum Kauf noch zur Miete. Diese Immobilien dienen primär der Veranlagung und müssen daher ohnehin nicht zwingend einer Realnutzung zugeführt werden, sie stehen partiell leer. So wohnt und arbeitet in diesem Leerstand rund um die Uhr das Geld im Dienst der Spekulation, während die Wohnraumsuchenden in Regionen abgedrängt werden, die lange unter Bevölkerungsschwund litten (z. B. von Nordtirol nach Oberkärnten). Fazit: Es sind nicht mehr nur die genannten Vorzüge des ländlichen Raums unter Coronabedingungen die bestimmenden Pullfaktoren für Zuwanderung, sondern es wirken eher die „durch die Decke gehenden“ Immobilienpreise als Pushfaktoren in den einstigen Zielgebieten sowie der aktuell noch (!) leistbare Wohnraum als entscheidender Pullfaktor im Wanderungsverhalten. Jedenfalls dienen beide Effekte der Erholung jener ländlichen Regionen, die lange bloß als Problemgebiete wahrgenommen wurden.

## Leere Geschäftslokale

Es muss auch erwähnt werden, dass die Coronazeit tiefe Wunden in die Geschäftsstruktur geschlagen hat. Nach zwei Jahren Pandemie findet man Zeugen des Niedergangs nicht nur in den Erdgeschoßzonen wenig frequentierter Nebengassen oder an der Siedlungspерipherie, sondern auch oft in den sogenannten „1A-Lagen“. Letzteres lässt sich naheliegenderweise darauf zurückführen, dass die TouristInnen sowie die meist zahlungskräftige ortsansässige Kundschaft ausblieben, sondern dass auch die hohen Mieten in den Vorzugslagen durch die Umsatzausfälle nicht mehr verkraftbar wurden. Zusätzlich schlagen sich nicht nur diverse Einschränkungen, sondern auch der

Umstand nieder, dass die COVID-19-Pandemie als Beschleuniger für die Abwanderung der KonsumentInnen vom stationären Handel ins Internet wirkt. Es ist davon auszugehen, dass dieser Wandel im Kaufverhalten auch auf lange Sicht nicht mehr rückführbar sein, sondern sich dieser Trend vielmehr verfestigen wird. Umso unverständlicher erscheint es auf den ersten Blick, dass trotz der Gesundheitskrise, insgesamt unsicherer werdender Zeiten und boomenden e-commerces die Verkaufsflächen im Zuge von Neubauten weiter zunehmen, anstatt vorhandene Kapazitäten wieder in Verwendung zu bringen. Es drängt sich der Schluss auf, dass auch in diesem Kontext die „Flucht in die Sachwerte“ die wahre Treiberin hinter diesen Investitionsentscheidungen ist.

## Ineffiziente Raumstrukturen

Die nun seit über zwei Jahren grassierende Pandemie hat auch der öffentlichen Hand viel Geld gekostet, nicht nur ihre Bekämpfung durch umfassende Maßnahmen im Gesundheitsbereich, durch die Forcierung der Digitalisierung im Bildungssektor, sondern auch durch die Stützung von Wirtschaft und Sozialbereich. Insgesamt werden laut Bundesministerium für Finanzen die zur Auszahlung gelangten Coronahilfen mit knapp 41 Mrd. Euro beziffert (Stand 28. Februar 2022). Naheliegenderweise machen sich die Volkswirtschaftler auf die Suche nach unnötig hohen Ausgaben im öffentlichen Sektor. Dabei werden von ihnen - wie schon vor der Pandemie - als „Horte staatlich organisierter Ineffizienz“ immer wieder die Verwaltung, der Bildungssektor, das Gesundheitswesen sowie der Pflegebereich ins Treffen geführt. Scheinbar niemand kommt dabei aber auf die Idee, auch die Verschleuderung öffentlicher Gelder im Zusammenhang mit dem Siedlungswesen in Betracht zu ziehen. Dabei würde es genügen, mit offenen Augen durch unser Land zu wandern, zu radeln oder zu fahren, beziehungsweise Google Maps zu bemühen: Jeder bewusste „Blick ins Land“ zeigt einem die enorme Unwirtschaftlichkeit, mit der seit den 1960er-Jahren chaotische Siedlungsentwicklungen vorangetrieben wurden. Mit diesem Siedeln am „am falschen Platz“ verbinden sich nicht nur hohe Errichtungskosten, sondern über Generationen hinweg auch enorme Folgekosten, die die immer weiter wachsenden Infrastruktursysteme verursachen. So hat 2015 das Österreichische Institut für Raumplanung errechnet, dass ein Kilometer zweispurige Straße samt Gehsteig,

Beleuchtung, Kanal und Wasserleitung in der Errichtung durchschnittlich 1,2 Mio. Euro kostet. Was in dem hier diskutierten Zusammenhang aber noch mehr zählt, ist, dass dieser eine Kilometer Erschließung in der Folge mit 25 000 Euro Jahr für Jahr zu Buche schlägt. Diese Erhaltungskosten fallen etwa für Reinigung, Böschungsmahd, Winterdienst, Ausbesserungsarbeiten bei Straßen und Überprüfung, Reparatur, Erneuerung, Reinigung etc. bei Leitungssystemen an. Das Umweltbundesamt hat errechnet, dass fiktiv jeder Österreicher auf 15 m Straße kommt, in der Schweiz und Deutschland beträgt diese Zurechnung nur die Hälfte pro Einwohner. Österreich hat mit über 120.000 km Gesamtlänge an Straßen eines der dichtesten Verkehrsnetze Europas, annähernd wird das auch auf die meist parallel verlaufenden vergrabenen Leitungen zutreffen. Allein diese wenigen Ziffern zeigen, welche hohen Zahlungsverpflichtungen sich mit ungeordneter Zersiedelung unnötigerweise verbinden. So sollte auch in diesem Zusammenhang der Zwang zum zukünftigen Kosteneinsparen erkannt und umgesetzt werden. Insbesondere muss das Hinaustreiben des Siedlungsgeschehens „auf die grüne Wiese“ nicht nur im Dienst des Bodenschutzes, sondern auch um die damit einhergehenden Zahlungsverpflichtungen für die Allgemeinheit zu deckeln, zum Ende kommen. Dies getragen von der Einsicht, dass wir in Österreich schon längst kein Mengenproblem in der Versorgung mit Wohnraum und Wirtschaftsflächen haben, sondern ein anschwellendes Verteilungsproblem in räumlicher und sozialer Hinsicht. Diese Disparitäten abzubauen, sollten auch als Teil in unserem Bemühen um die Hebung von Effizienzpotenzialen begriffen werden!



© Luzia Püsch

**Univ.-Prof.<sup>in</sup> i. R. DI<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Gerlind Weber**  
Mitglied in diversen Beiräten, Think Tanks, Fachjurien und Berufsverbänden. Sie lehrt in der Weiterbildung und postgradualen Ausbildung.

„Die Coronapandemie hat Europa unvorbereitet getroffen.“



**Sehr geehrter Herr Abgeordneter, man muss nicht einmal besonders aufmerksam Zeitungen lesen oder Nachrichten hören, um mitzubekommen, dass in Österreich und Deutschland viele Kommunen über die enorme finanzielle Last der Pandemie stöhnen. Wir erleben Sie dies auf europäischer Ebene?**

Die Coronapandemie hat Europa unvorbereitet getroffen. Das gilt für alle Ebenen und natürlich insbesondere für die Gesundheitssysteme, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten leider vielfach in der EU kaputtgespart wurden. Generell lässt sich sagen, wer nicht am falschen Patz gespart hat, ist besser durch die Krise gekommen. Daran zeigt sich für mich auch, dass wir wieder zum Vorsorgegedanken zurückmüssen, das leider immer mehr in den Hintergrund getreten ist – zugunsten von Sparwängen, die oftmals auch ein geringeres Dienstleistungsniveau für die Bürgerinnen und Bürger zufolge hatten und haben. Vor diesem Hintergrund muss man auch die zusätzlichen finanziellen Belastungen durch die Pandemie sehen. Viele Städte und Gemeinden hatten schon vor Corona Probleme, ihre vielfältigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge – von der Wasserversorgung bis zum Kinderhort – zu erfüllen und hatten gar nicht die Möglichkeit, Rücklagen aufzubauen. Aus meiner Sicht ist die kommunale Ebene in der EU zu selten Thema. Das sieht man auch am EU-Wiederaufbaufonds. Der hätte stärker auf die Regionen und Städte eingehen und gezielte Investitionen in die kommunale Infrastruktur vorschreiben müssen – denn von einem gut ausgebauten öffentlichen Verkehr und schnellem Internet profitieren nicht nur die Menschen, sondern auch unser Klima.

**Die Ausgabe dieser Zeitschrift, für die wir Sie um ein Interview gebeten haben, steht unter dem Themenschwerpunkt „Nach Corona: Stadt- oder Landflucht?“. Ist diese Frage ein Thema im Europäischen Parlament?**

Das ist ein Thema, mit dem ich mich selbst intensiv beschäftige und welches ich auch immer wieder in meiner Arbeit im Umweltausschuss aufgreife. Die ländlicheren Regionen haben viele Vorteile, die den Menschen jetzt durch die Pandemie wieder bewusst geworden sind. Etwa der unmittelbare Zugang zur Natur und zu hochqualitativen Lebensmitteln „ab Hof“ machen das Leben am Land für viele attraktiv. Aber es muss noch mehr passieren. Wir haben uns viel zu lange die Frage gestellt, wie wir die Menschen schnellstmöglich aus den ländlicheren Regionen zu ihren Arbeitsplätzen in den großen Städten bekommen. Mit allen Nachteilen auch für die Städte, wenn ich etwa an den täglichen morgendlichen Verkehrskollaps denke. Dabei muss die Frage eigentlich lauten: „Wie schaffen wir es, dass die Gemeinden und kleineren Städte ein attraktiver Ort zum Arbeiten und zum Leben bleiben?“ Dazu braucht es Investitionen in die Infrastruktur, aber es braucht auch gute Arbeitsplätze, Kinderbetreuungseinrichtungen sowie medizinische Versorgungsangebote vor Ort. Das schafft kurze Wege für die Menschen und die steigern zweifelsohne die Lebensqualität.

**Tatsächlich hat in Metropolen wie Berlin eine gewisse Form der „Stadtflucht“ eingesetzt, die aber nicht in COVID-19 und ihren Folgen begründet scheint, sondern in den explodierenden Mietpreisen, was es vielen verunmöglicht, leistbaren Wohnraum zu finden. Von derartigem Abzug**

**profitieren aber wieder Klein- und Mittelstädte und nicht die peripheren Orte. Was kann und muss Ihrer Meinung nach dafür getan werden, dass sich die Menschen eine Wohnung überhaupt noch leisten können?**

Diese Entwicklung zeigt für mich eines ganz klar: Der Markt nimmt keine Rücksicht auf die Menschen, deshalb muss die Politik eingreifen. Wien ist ein echtes Paradebeispiel im Bereich des Wohnbaus, da es hier durch den hohen Anteil an Gemeindewohnungen und gefördertem Wohnbau gelingt, die Mietpreise in Grenzen zu halten. Das geht aber nur mit gezielten Investitionen und einer starken öffentlichen Hand, die bereit ist, soziale Sicherheiten zu schaffen. Das wird auch in anderen Bereichen notwendig sein, wenn man sich die immense Teuerung bei den Energiepreisen ansieht. Auch hier sorgt der Markt für eine immer größer werdende Schieflage, bei der die Menschen am unteren Ende sich entscheiden müssen, ob sie die Heizung aufdrehen oder Lebensmittel kaufen. Gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie muss die Politik endlich wieder erkennen, dass sie selbst Lenkungsmaßnahmen setzen muss, um solche Entwicklungen zu verhindern. Es geht jetzt darum, welche Instrumente es in Zukunft dafür braucht. Starke öffentliche Unternehmen gehören jedenfalls dazu.

**Die NÖN, eine Wochenzeitung aus ihrem Bundesland Niederösterreich, hat im Jänner des heurigen Jahres zur Bevölkerungsentwicklung Folgendes geschrieben: „Städte wachsen weiter, Peripherie schrumpft. In NÖ wachsen die Städte, entlegene Orte verlieren. Corona änderte**

**an dem Trend nichts.“ Welche Erfahrungen machen Sie diesbezüglich im Rahmen ihrer zahlreichen Bürger\*innen-Kontakte?**

In Niederösterreich hat man lange nichts dagegen unternommen, dass die Regionen in der Peripherie immer stärker unter Druck gekommen sind, während die Städte und Gemeinden an den Verkehrsadern immer weiter gewachsen sind. Dabei geht es hier um tiefgreifende Probleme. Wenn ländliche Regionen ausgedünnt werden, geht immer mehr soziale Infrastruktur verloren und am Ende bleibt eine Zwei-Klassen-Gesellschaft übrig, die zwischen Menschen in florierenden Gebieten und jenen an der Peripherie unterscheidet. Es hat sich nicht nur in den USA mit Trump gezeigt, dass das der ideale Nährboden für Populismus ist und damit auch zu einer Gefahr für unsere Demokratie heranwachsen kann. Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese „vergessenen“ Regionen in ganz Europa wieder stärker in den Fokus rücken und weiterhin durch gezielte

Investitionen gefördert werden. Insbesondere leistungsstarke Internetverbindungen müssen endlich in allen Gemeinden so selbstverständlich sein, wie die Stromleitung im Haus. Nur so haben diese Gebiete überhaupt die Chance, in Zukunft wieder aufzublühen.

**Abschließend: Inwieweit beeinflusst die anhaltende Coronapandemie die Urban Agenda der EU?**

Die Urban Agenda verfolgt neben einer besseren Vernetzung zwischen den Kommunen und effizienteren Fördersystemen viele Anliegen, die jetzt in der Pandemie zusätzliche Dringlichkeit bekommen haben – wie etwa der digitale Wandel, das Wohnungswesen oder die Energiewende. In all diesen Bereichen können die Städte durch ihre Forschungs- und Entwicklungskapazitäten als Innovationsmotoren wirken und zu wesentlichen Verbesserungen beitragen. Dafür braucht es eine intelligente Förderungspolitik und auch ein politisches

Klima, das auch die öffentlichen Forschungseinrichtungen stärkt und dazu beiträgt, dass eine gute Grundlage für die weiteren Entwicklungen geschaffen wird, die zu einer guten Zukunft nicht nur in den städtischen Gebieten führt. Europa braucht wieder einen viel stärkeren Forschungs- und Innovationsgeist!



© Österreichischer Städtebund

**Dr. Günther Sidl**

Mitglied des Europäischen Parlaments

# #füreinandersorgen



**Wir sind in ganz Österreich für Sie da. Immer und überall.**

Online auf [wienerstaetische.at](http://wienerstaetische.at), telefonisch und natürlich auch persönlich.

**Ihre Sorgen möchten wir haben.**

**WIENER STÄDTISCHE**   
VIENNA INSURANCE GROUP

## Raumordnung: Corona und mögliche Stadtflucht – Fluch oder Segen?

Die Coronakrise hat vieles in Bewegung gebracht - sicherlich auch die Wanderungsbewegungen zwischen Stadt und Land. Noch kann man über die finale Dimension dieser Entwicklung keine eindeutigen Aussagen treffen, aber es hat insbesondere im Kreis der Raumplanung bereits intensive Diskussionen angestoßen. Auch für die bis vor Corona schwer einschätzbaren Auswirkungen der Digitalisierung auf die räumliche Entwicklung brachten die letzten zwei Jahre wichtige Erkenntnisse.

Es ist aus heutiger Sicht für Österreich jedoch nicht davon auszugehen, dass die aktuellen Entwicklungen tatsächlich eine durch den Katalysator COVID-19-Krise angestoßene Landflucht bewirken, ähnlich der ursprünglichen Landflucht durch die Industrialisierung sowie der bis heute anhaltenden Wanderungsbewegung vom Land in die Stadt in der gesamten EU seit Ende des letzten Jahrtausends. Diese letzte Landflucht führte bereits zu einer Neuorientierung der österreichischen Politik hin zu einer Politik für den ländlichen Raum unter anderem auf Basis eines „Masterplan Ländlicher Raum“. Eine nationale Städtepolitik ist in Österreich hingegen trotz aller Herausforderungen weiterhin nicht absehbar.

Angenommen es gäbe tatsächlich eine Stadtflucht, könnte man eher von einem gewissen „Bereinigungsprozess“ sprechen. Eine tatsächliche Stadtflucht im engeren Sinn hat es in Österreich bisher noch nie gegeben, sondern lediglich Suburbanisierungsprozesse, die mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Beitritt Österreichs zur EU schnell wieder ein Ende fanden. Die seither stetig wachsende Attraktivität der österreichischen Großstädte führte zuletzt auch zu vielen Herausforderungen. Die Städte konnten diese zwar bewältigen; einen gewissen „Druck aus dem System zu nehmen“ würde der Stadtentwicklung insbesondere hinsichtlich der drängenden Themen Dekarbonisierung im Mobilitätssektor und leistbares Wohnen eine gewisse Atempause verschaffen und noch mehr Möglichkeiten eröffnen, urbane Qualitäten zu gestalten und reifen zu lassen, als in erster Linie auf Notwendigkeiten zu „reagieren“. Aus der Sicht des österreichischen Städtebun-

des hat die aktuelle Entwicklung einer merk- baren Binnenwanderung in Richtung ländlicher Raum viele Gesichter – und keineswegs nur unerfreuliche.

### Stadtregionen bleiben Wachstumsräume

Die vermehrte Abwanderung ins Stadt-Umland sollte ein endgültiger Anlass dafür sein, in den österreichischen Stadtregionen zu einer gemeinsamen Entwicklungsplanung zu finden. Eine abgestimmte Siedlungs-, Verkehrs- und Grünraumplanung in diesen hochfrequenten Wachstumsräumen ist dem Österreichischen Städtebund seit Langem ein Anliegen. Für die österreichischen Klein- und Mittelstädte im „ländlichen Raum“ wiederum lässt sich aufzeigen, dass durchaus auch sie einen Wanderungszugewinn verzeichnen können. Dies ist ebenfalls zu begrüßen, da es deren Position als zentrale Orte bzw. regionale Zentren aufwertet. In einer Zeit, in der wir mit unseren Ressourcen immer sorgsamer umzugehen haben und einer Zersiedelung Österreichs mit ihren massiven Folgewirkungen entgegenzutreten müssen, ist eine fokussierte Siedlungsentwicklung und eine Innenverdichtung attraktiver Standorte abseits der großen Städte eine wünschenswerte Entwicklung, die man allein durch raumordnerische Maßnahmen nicht in diesem Ausmaß befördern hätte können. Die Entwicklung der Leerstandsquote in den Innenstädten hat zuletzt coronabedingt zugenommen.<sup>1</sup> Dennoch sind auch hier die bisherigen Maßnahmen einiger Bundesländer, stadregionale Abstimmungs- und Entwicklungsprozesse auch rund um Klein- und Mittelstädte anzustoßen, bereits eine Vorleistung, auf die man nun aufbauen kann. Natürlich siedeln sich auch Personen abseits der Zentren und in peripheren Lagen an. Hier kommt jedoch ein weiteres Phänomen ins Spiel: Die Multilokalität. Die Zahl der Menschen, die sich einen Zweitwohnsitz „leisten“ können, also eine Wohnung in der Stadt und ein – vielleicht geerbtes – Haus am Land besitzen, ist nicht klein. Diese Lösung macht die Menschen gleichzeitig zu Stadt- und LandbewohnerInnen und trägt sicher auch dazu bei, urbane Lebensstile in den ländlichen Raum hineinzutragen. Die durch die Lockdowns beflügelte Digitalisie-

rungswelle und das Homeoffice sind die Basis für diese Möglichkeiten eines individuellen Lebensstils, durch den man sich „das Beste aus zwei Welten“ erhofft. Nicht zuletzt aber kommt es aktuell auch zu Verdrängungsprozessen aus dem „überhitzten“ Wohnungsmarkt der attraktiven Stadtregionen, was wiederum eine soziale Dimension der aktuellen Entwicklung mit sich bringt.

### Was sagen die Zahlen?

Wie sehen nun aber die Wanderungsbewegungen tatsächlich aus? Was erzählen sie uns über die Entwicklungen der letzten zwei Jahre und welche Rückschlüsse zieht der Österreichische Städtebund daraus für seine Mitglieder? Es lassen sich zwei Dinge unterscheiden: Die Binnenwanderung der ansässigen ÖsterreicherInnen, aus der sich aktuell tatsächlich ein gewisser Trend zur „Landflucht“ ableiten lässt – wobei „Land“ in Österreich im Allgemeinen alle Räume außer den größeren Landeshauptstädten meint. Andererseits die anhaltend hohe Außenwanderung. Im Jahr 2020 sind in Wien, Graz, Linz und Innsbruck tatsächlich mehr Menschen aus der Stadt in das Umland gezogen.<sup>2</sup> Gleichzeitig hielt der Zuzug in die Großstädte aus dem In- und Ausland aber an, sodass die Städte weiter gewachsen sind. Insgesamt werden die großen Stadtregionen im Osten Österreichs laut ÖROK-Prognose bis 2040 um rund 15 % anwachsen. Wien allein würde bis 2040 um die Stadt Graz wachsen, Graz um Wiener Neustadt. Auch entlang der Ost-West-Achse wird weiterhin ein großer Siedlungsdruck bestehen. Innerhalb der Altersgruppen konnten auch 2020 die bereits üblichen Wanderungsbewegungen festgestellt werden: Junge Menschen wandern wegen der Bildungschancen in die Städte, Jungfamilien zieht es teilweise zurück aufs Land. Laut Statistik Austria konzentrierten sich die Wanderungsgewinne auch 2020 besonders in den strukturstarken Verdichtungsräumen Österreichs, wogegen in peripheren Regionen weitere Wanderungsverluste zu verzeichnen waren. Eine gewisse Verteilung des Wachstumsdrucks auf ganz Österreich kann daher nur zu begrüßen sein.

<sup>1</sup> Bundesweiter City Retail Health Check 2021: Leerstandsquote in Innenstädten steigt auf 7,5 %, Standort + Markt

<sup>2</sup> Statistik Austria, Wanderungen 2020 nach Politischen Bezirken bzw. Wiener Gemeindebezirken, [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen\\_insgesamt/022918.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/wanderungen_insgesamt/022918.html), abgerufen am 30.3.2022

## Klimawandel und soziale Dimension

Ob Stadt- oder Landflucht – Österreich wird insgesamt weiter wachsen, bis 2080 um ganze 11 %, also eine knappe Million Menschen! Ohne eine raumordnerische Vision für eine ressourcenschonende Siedlungsentwicklung und klimaneutrale Mobilität sowie ohne stärker wirksame Planungsinstrumente wird dieses Wachstum nicht zu steuern sein. Darüber hinaus braucht es ein ganz neues Mindset bei einem Großteil der Bevölkerung: Das Einfamilienhaus mit der Doppelgarage, der Pendelweg mit dem Auto, der Zweitwohnsitz „am Land“, die Chaletdörfer, die nur wenigen Gewinne und vielen Frustration bringen, all das muss der Vergangenheit angehören. Egal ob Stadt oder Land: Die Lebensqualität darf nicht nur für einige wenige konstant hoch bleiben, und jeder muss seinen Beitrag für ein klimaneutrales Österreich leisten. Die geeigneten Rahmenbedingungen sind von den Gebietskörperschaften jetzt zu schaffen, allem voran ein leistungsfähiges ÖV-System auch für den Großteil des ländlichen Raums.

Für die großen Städte wird es weiter wichtig sein, ihre jeweilige Vision einer nachhaltigen, klimawandelangepassten, resilienten Stadt umzusetzen. Für den Österreichischen Städtebund analysierte Christoph Hofinger (SORA) im Herbst 2020 die (damals) aktuelle Situation. Einerseits funktionierte die städtische Infrastruktur hervorragend, andererseits wurde die Wahrnehmung kritischer, Ungleichheiten wurden offenkundiger (Zugang zu privatem Freiraum, Möglichkeit zum Homeoffice, Wohnungsgröße/-ausstattung etc.). Für die Städte bedeutet das steigende Ansprüche an Wohnungen (mehr m<sup>2</sup>; mehr Sanitärräume, wenn alle daheim sind; Ausblick & Grünraumzugang;

höherer Kühlungs- und Lärmschutzbedarf im Homeoffice) sowie an den öffentlichen Raum insbesondere die Grünräume. Auch die Stadt(-teil)zentren und Erdgeschoßzonen als fußläufig erreichbare Nahversorgungszentren ebenso wie als stabiler Sicherheitsfaktor haben an Bedeutung gewonnen. Christoph Hofinger zählt als mögliche Strategien für die Zeit nach der Pandemie insbesondere Maßnahmen im Bereich Verkehr, öffentlicher Raum und Zentrenstärkung als Handlungsfelder für die Städte und ihr Umland auf.

Für die kleineren Mitglieder des Österreichischen Städtebundes, die das Rückgrat des ländlichen Raums bilden, kann eine Änderung der Siedlungsschwerpunkte eine Möglichkeit sein, ihre historische Funktion als regionales Zentrum weiter auszubauen: Moderne Planungsprozesse, qualitätsvolle Innenverdichtung, attraktive Erreichbarkeiten mit dem Umweltverbund wie (Mikro-)ÖV und Fahrrad. Auch in einer digitalisierten Welt, in der wir online einkaufen und im Homeoffice arbeiten, werden die historisch gewachsenen Qualitäten unserer regionalen Zentren als Orte der Versorgung, des Aufenthalts und der Interaktion, aber auch der Identifikation ihre Bedeutung und damit Strahlkraft für die Region nicht verlieren, solange sie anpassungsfähig und innovativ bleiben. Für den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit bringt ein mögliches Wachstum jedenfalls eine erhöhte Verantwortung mit sich: Wichtige Aufgaben sind die ärztliche Versorgung, Kinderbetreuung und der Breitbandausbau.

### Fazit: Win-win-Situation für Stadt und Land?

Möchte man die (Corona-)Krise also als Chance sehen, dann liegt diese in einer überfälligen strengeren Wahrnehmung von Raumordnung,

in der weiterhin Wachstum und Wirtschaftsentwicklung möglich bleiben – aber unter neuen Vorzeichen. Dazu gibt es aktuell auf Ebene der ÖROK zwei wichtige Prozesse: Die gemeinsame Entwicklung einer quantitativen Bodenstrategie, die zu einer geringeren Flächeninanspruchnahme durch Siedlungstätigkeit führen soll, sowie die Stärkung der Stadt- und Ortskerne durch eine bessere Baukultur, Innenverdichtung und Aufwertung der zentralen Orte.

Es wird nicht leicht, die Komplexität der menschlichen Siedlungstätigkeit in einen neuen Ordnungsrahmen zu fassen oder die neoliberalen Effizienzdiskussion endgültig in eine Resilienzdiskussion überzuführen und neu zu framen. Das bedarf der Anstrengungen aller – gemeinsam. Ein Ausspielen Stadt gegen Land wie zuletzt bei dem vom Städtebund stark kritisierten sogenannten Klimabonus im Zusammenhang mit der Ökosozialen Steuerreform ist hier explizit kontraproduktiv. Während die soziale Komponente eines Preisausgleichs nachvollziehbar scheint, würden die öffentlichen Mittel beim Ausbau eines attraktiven ÖV-Angebots auch am Land langfristig nachhaltiger wirken und wären eine tatsächliche Investition in eine vom Klimawandel geprägte Zukunft. Corona mag für viele ein Anlass gewesen sein, ihre Wohnsituation zu überdenken – die Gründe liegen allerdings woanders und es sind diese, denen sich die Politik in den nächsten Jahren dringend widmen wird müssen. Die Diskussion darf sich also nicht in der Frage „Stadt oder Land“ verlieren, sondern muss „Stadt und Land“ und damit letztlich Österreich im Fokus haben.



© Bigstock



© Österreichischer Städtebund

**DI<sup>in</sup> Melanie Dobernigg-Lutz**  
Österreichischer Städtebund



## „Der Zukunftshof – Das Leuchtturmprojekt für die essbare Stadt Rothneusiedl.“

Wer ernährt in Zukunft die Städte? Wie können wir Städte resilienter und unabhängiger von überregionalen Versorgungsketten machen und wie können produktive Stadtlandschaften dazu beitragen? Welchen Beitrag können Nachbarschaften leisten, und wie kann lokales Wissen besser genutzt werden? An diesen und anderen Themen arbeiten Stadtlandwirt Andreas Gugumuck und das Projekt Zukunftshof in Rothneusiedl.

**Lieber Herr Gugumuck, Sie sind Initiator des Projekts Zukunftshof in Rothneusiedl/ Wien Favoriten. Aus einer Vision wurde ein ambitioniertes Leuchtturmprojekt für resiliente und smarte Städte. Wie ist es zu dieser Idee gekommen und warum wurde dieses Projekt initiiert?**

Als direkter Nachbar des ehemaligen Haschahofs, auf dem 1986 das erste Selbsternstprojekt Österreichs umgesetzt wurde, ist mir eine nachhaltige Entwicklung im zukünftigen Stadtentwicklungsgebiet Rothneusiedl sehr wichtig. Nach einer anregenden Podiumsdiskussion mit der Bezirksvorsteherung und der umliegenden Zivilgesellschaft im Jahre 2018, gab es die Idee einen Verein zu gründen und daraus ein Konzept für die Nachnutzung des Haschahofs zu entwickeln. Seitdem hat sich viel getan! Aus einer stetig wachsenden Gruppe an Anrainer\*innen,

Wissenschaftler\*innen, Studierenden sowie Akteur\*innen aus den Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion, Gastronomie, Kunst & Kultur, Handwerk, sozialer Arbeit und weiteren Interessierten, hat sich zusätzlich die Genossenschaft Zukunftshof eG gebildet, welche im Juni 2019 nach einem zweistufigen Ideenwettbewerb, die Nachnutzung des ehemaligen Haschahofs gewonnen hat. Während die Genossenschaft den Zukunftshof nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft bespielen wird, ist mit dem Verein eine Basis für Bürger\*innenschaftliches Engagement zur sozial-ökologischen Stadtentwicklung und nachbarschaftlichen Vernetzung unter wissenschaftlicher Begleitung geebnet worden. Der Zukunftshof soll dabei als identitätsstiftendes Zentrum für den zukünftigen (essbaren) Stadtteil Rothneusiedl etabliert werden. Dazu wollen wir auch mit zahlreichen Events beitragen und so auch Kunst und Kultur an den Stadtrand bringen.

**Warum ist die nachhaltige Nutzung des Hofes so wichtig?**

Das 21. Jahrhundert stellt die Menschheit vor enorme Herausforderungen: Wachsende Urbanisierung, Klimakrise, die Übernutzung und Erschöpfung natürlicher Ressourcen, etc. zeigen, dass wir handeln müssen. Klar ist, die konsumierende und flächenverbrauchende

Stadt ist auf Dauer nicht tragbar. Wir haben die Genossenschaft Zukunftshof gegründet, um Bewohner\*innen der Stadt Wien zu einem gemeinsamen, wirtschaftlichen und sozialen Handeln zusammenzubringen. Unser zentrales Anliegen war es, durch Produktion, Veredelung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte im städtischen Umfeld, alle Menschen über die verschiedensten Arten der urbanen Landwirtschaft aufzuklären und in eine ganzheitliche Kreislaufwirtschaft zu involvieren. Unsere Wiener Schnecken Manufaktur ist direkt nebenan und soll ebenfalls als Erlebnis produktiver Landwirtschaft wahrgenommen werden. Die Genossenschaft soll Konsument\*innen ermutigen, sich produktiv in städtische Landwirtschaft einzubringen und damit einen Wandel des Agrar- und Ernährungssystems einzuleiten.

**Der Zukunftshof bietet nicht nur Platz für innovative und urbane Landwirtschafts- und Produktionsformen, sondern ist auch Anlaufstelle für viele weitere Stadtentwicklungsthemen. Welche Ideen fließen hier mit ein?**

Gemeinschaft, Nachbarschaft, Bildung, Kunst, Kultur, Bewegung – all diese Themen und mehr wollen wir zusammentragen und einfließen lassen! Dabei soll der Zukunftshof als ein Reallabor der Stadtforschung verstanden



werden: Ausgehend vom Menschen im Mittelpunkt, sind für uns drei Kernthemen essenziell: Ernährung, Wasser und Energie. Am Zukunftshof sollen diese Themen ganzheitlich betrachtet und vor allem auf ihre Umsetzbarkeit getestet bzw. erforscht werden und bereits von Anfang an in die Stadtentwicklung mit einfließen.

## Welche langfristige Vision verfolgen Sie mit dem Projekt Zukunftshof?

Meine Vision ist es, mit dem Zukunftshof in Rothneusiedl einen Ort zu schaffen, an dem wir gemeinsam in kooperativer Weise Konzepte erproben, um die Stadt der Zukunft aktiv mitzugestalten. Durch diese intensive Vernetzung sind bereits viele Subthemen und Projekte wie eben z. B. das Projekt EDIBLE CITY oder aktuell das Projekt KLIMUR entstanden und daran wollen wir weiterarbeiten! Dabei ist es wichtig, dass alle diese Vision mittragen und diese kontinuierlich, engagiert sowie auf eine partizipative und transparente Weise umsetzen. Es ist schön zu sehen, wie sich Projekte entwickeln und wir sie auch proaktiv weiterentwickeln können, letztendlich muss jedoch die Politik den Rahmen vorgeben und sie auch in ihre eigenen Rahmenstrategien einfließen lassen. Wir sehen das größte Potenzial in einer kollaborativen Umsetzung, wobei Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft

auf Augenhöhe zusammenarbeiten und sich gleichrangig beteiligen sollten!

Ganz besonders freue ich mich, mit dem Design- Team honey&bunny eine jährliche Tafel am Zukunftshof zu veranstalten, welche am 31. Mai zum ersten Mal stattfinden wird. Bei dieser Think-Thank-Veranstaltung rund um das Thema Urban Food geht es vor allem darum, gemeinsam mit Wissenschaft, Politik, Landwirtschaft, Lebensmittelhandel und den Konsument\*innen, in einem offenen, tabufreien, experimentellen Dialog über soziale und ökologische Nachhaltigkeit, zu diskutieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

*Das Interview führte Mag.<sup>a</sup> Marie Grüner, MBA – Mitglied des Kuratoriums von Urban Forum*



### NÄCHSTE EVENTS:

- 23./24. April  
Zukunftserwachen 2022
- 31. Mai Zukunftstafel
- 17. Juni Nino aus Wien



**Mag. Andreas Gugumuck**

Gründer der Wiener Schneckenmanufaktur & Initiator des Projekts Zukunftshof  
gugumuck.com | zukunftshof.at

## SMART AND EDIBLE: How Edible Cities Create Smart Public Spaces

Essbare Stadtinitiativen wollen den Stadtraum zum Anbau von Lebensmitteln nutzbar machen und eine lokale Versorgung vor Ort aufbauen. So sollen Städte resilienter, nachhaltiger und letztendlich auch unabhängiger werden und einen Beitrag zur Transformation unseres kommunalen Ernährungssystems leisten. Das Forschungsprojekt Smart and Edible Cities vergleicht Konzepte aus Österreich, Deutschland sowie Frankreich und versucht über Bewusstseinsbildung und zahlreiche Best-Practice Beispiele Empfehlungen an Politik und handelnde Akteure zu postulieren.

Discussion Paper der WU Wien (2021): [http://www.sre.wu.ac.at/sre-disc/sre-disc-2021\\_09.pdf](http://www.sre.wu.ac.at/sre-disc/sre-disc-2021_09.pdf)

## KLIMUR - Klimaresilientes urbanes Ressourcenmanagement am Fallbeispiel Zukunftshof und Rothneusiedl

Das Sondierungsprojekt im Rahmen der 8. „Stadt der Zukunft“-Ausschreibung soll einen Beitrag zur Entwicklung resilienter klimaneutraler Stadtteile mit hoher Ressourcen- und Energieeffizienz, verstärkter Nutzung erneuerbarer Energieträger sowie hoher Lebensqualität liefern. Weiters soll zur Optimierung und Anpassung der städtischen Infrastruktur und des Dienstleistungsangebots beigetragen werden. Am Fallbeispiel Zukunftshof sollen die Möglichkeiten ausgelotet werden, wie aus einem alten Bauernhof ein Vorzeigeprojekt für innovative urbane Landwirtschaft und klimaresiliente Stadtentwicklung werden kann. Der Zukunftshof soll der Startpunkt für ein nachhaltiges Energie- und Ressourcenkreislaufsystem im Wiener Stadtentwicklungsgebiet Rothneusiedl werden.

## Wiener Wärme: Abwärme aus Wien für eine klimafreundliche Zukunft

Die Wärmewende ist in aller Munde – fossile Energieträger wie Erdgas sollen in der Raumwärme künftig der Vergangenheit angehören. Auch die Fernwärme soll klimaneutral werden: Bis 2040 will Wien Energie die Fernwärme komplett mit Energie aus erneuerbaren Quellen betreiben.

Schon heute setzt der Energiedienstleister auf regionale Wärmequellen in den Wiener Bezirken, um mit diesen grüne Wärme für die Wienerinnen und Wiener zu produzieren:

- Kläranlage Wien: Wiener Wärme aus Simmering für Simmering**  
 Keine Wärme darf ungenutzt bleiben - auch nicht die des (bereits gereinigten) Klärwassers! Eine der größten Großwärmepumpen Europas wird dort dem Wasser 6° C entzogen, bevor dieses in den Donaukanal fließt. Dafür muss das Wasser nicht mal hohe Temperaturen aufweisen – das erledigt die Wärmepumpe. 2027 werden bis zu 112.000 Wiener Haushalte mit der Wärme des Klärwassers versorgt. Aus einer bisher ungenutzten Energiequelle werden 110 MW geerntet und so 300.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr gespart.
- Großwärmepumpe Kraftwerk Simmering: Restwärme heizt Wiener\*innen ein**  
 Die Großwärmepumpe Simmering liefert seit 2019 rund 25.000 Haushalten Wärme auf umweltfreundliche Weise. Sie nutzt die Restwärme aus dem Kühlwasser des Kraftwerks Simmering. Die Anlage war bei der Inbetriebnahme die stärkste Großwärmepumpe Mitteleuropas.
- Wärme aus Hernals für Hernals: Die Manner Schnitten-Heizung**  
 450 Schnitten pro Minute bäckt der weltgrößte Waffelbackofen am Manner-Produktionsstandort in Wien-Hernals. Dabei entstehen nicht nur süße Köstlichkeiten. Die Abwärme des Waffelofens versorgt den eigenen Betrieb mit Energie und gibt zusätzlich Wärme an das lokale Fernwärmenetz ab. 5.600 Megawattstunden Wärme werden seit 2016 jährlich in das Netz eingespeist und versorgen etwa 600 Haushalte in der Umgebung mit Wärme für Heizung und Warmwasser.

- Müll heizt Wiener\*innen ein**  
 Rund ein Drittel der Wiener Fernwärme kommt aus der Müllverbrennung. 900.000 Tonnen an Hausmüll kommen jährlich in die Anlagen Spittelau, Flötzersteig und Pfaffenua/Simmeringer Haide. Die Wiener Müllverbrennungsanlagen versorgen insgesamt rund 95.000 Haushalte mit Strom und rund 214.000 Haushalte mit Wärme. Die Spittelau ist mit ihrer Gestaltung durch Künstler Friedensreich Hundertwasser sogar eine richtige Attraktion und eines der meist fotografierten Gebäude Wiens – und das als Industrieanlage mitten in der Stadt. Jedes Jahr besuchen sie mehr als 10.000 Personen – von Wiener Schulklassen bis zu hochrangigen Delegationen aus aller Welt.
- Wärme aus der Donaustadt für die Donaustadt: Energierecycling UNO City**  
 Bei der UNO-City wird Kälte zur Wärme. Leistungsstarke Kältemaschinen sorgen in der UNO-City dafür, dass die 5.000 MitarbeiterInnen aus mehr als 120 Ländern einen kühlen Kopf bewahren. Die Wärme, die bei diesem Kühlprozess entsteht, wurde früher ungenutzt in die Umgebungsluft abgegeben. Mit Wärmepumpen kann Wien Energie diese Abwärme nun wiederverwenden. Sie wird ins Fernwärmenetz eingespeist und heizt seit 2021 klimaneutral rund 2.400 Haushalte in der Umgebung.

- Unser Favorit aus Oberlaa: Therme Wien – Heizen mit Badewasser**  
 Aus dem Thermalbecken direkt in die privaten Badezimmer: Wien Energie nutzt die Restwärme des Thermal-Abwassers mittels Wärmepumpen zur Fernwärmegewinnung. Rund 1.900 Haushalte in Oberlaa können so künftig mit der klimafreundlichen Wärme versorgt werden. In wenigen Wochen wird die Anlage in Betrieb gehen.



Abwärme: aus Wien – für Wien



# Ist Ihre Organisation Vorreiter oder Nachzügler in Sachen Nachhaltigkeit?

Wer nach oben will, muss wissen, wo der Startpunkt ist. Unser EYCarbon Sustainability Check zeigt Ihnen mit 20 Fragen, wo Sie im Vergleich zu anderen österreichischen Marktteilnehmern in Sachen Nachhaltigkeit und Klimaneutralität stehen. Jetzt teilnehmen!



[www.sustainability-check.at](http://www.sustainability-check.at)

■ ■ ■  
The better the question.  
The better the answer.  
The better the world works.

**EY**  
Building a better  
working world

## Städte und COVID-19

### Das urbane Coronatagebuch

Das vorliegende Werk dokumentiert die einzelnen Ereignisse der Pandemie in detaillierter Weise. Besonders eindrucksvoll geht daraus hervor, wie wichtig die öffentlichen Leistungen und die städtische Daseinsvorsorge sind, um derart schwere Krisen zu meistern. Wohlfahrtsstädte sind der Garant für Soziales, Gesundheit, Bildung und Sicherheit auch in Ausnahmezeiten. Zudem soll das urbane Coronatagebuch einen Beitrag dazu leisten, aus der Vergangenheit zu lernen und wichtige Schlüsse für den Umgang mit zukünftigen Krisen zu ziehen.

#### Herausgegeben von:

Thomas Weninger  
 ISBN: 978 3 200 08034 8  
 EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)  
 Erschienen 2021, 292 Seiten



## Wege zur Wohlfahrtsstadt

### Wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen für eine moderne Kommunalpolitik

Dieser Sammelband will einen kompakten Überblick zur Rolle der öffentlichen Hand und vor allem der Kommunen und ihrer Leistungen der Daseinsvorsorge, aber auch der wirtschaftspolitischen Rolle, die Staat und Kommunen, gerade in Krisenzeiten haben können und müssen, geben. Die aktuellen Diskussionen und Erfahrungen stehen dabei ebenso im Fokus wie der Versuch eines Blicks in die mögliche Zukunft einer progressiven, kommunalen Wirtschaftspolitik. Der Begriff der Wohlfahrtsstadt ist im Gegensatz zu jenem des Wohlfahrtsstaates jung und wenig etabliert – zu Unrecht, wie die HerausgeberInnen meinen. Nach Jahrzehnten an Privatisierung, Deregulierung, Outsour-

cing und reiner Austeritätspolitik hat in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken stattgefunden. Nicht zuletzt durch die COVID-19-Pandemie und ihre mannigfaltigen verheerenden Folgen wurden die Vorzüge einer öffentlichen Daseinsvorsorge inklusive stabilem Sozial- und Gesundheitssystem öffentlich wahrgenommen, thematisiert, geschätzt und dadurch mancherorts gestärkt.

#### Herausgegeben von:

Renate Brauner & Bernhard Müller (Hg.)  
 ISBN: 978-3-200-07300-5  
 EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)  
 Erschienen 2020, 262 Seiten



## Zukunft urbane Mobilität

### Eine ganzheitliche Betrachtung

In einer ganzheitlichen Betrachtung, die sich diese Publikation zum Ziel gesetzt hat, werden die Zukunftsperspektiven jener Instrumente untersucht, die die Menschen „für die konkrete Umsetzung der Mobilität“ in den urbanen Räumen (Städten und Stadtregionen) benötigen. Die Palette erstreckt sich dabei vom Fußverkehr über Zweiräder jeder Art, den motorisierten Individualverkehr und die öffentlichen Verkehrsmittel hin zu modernen, digitalen Hilfsmitteln. Aber auch Logistik und Luft- sowie Schifffahrt wurden untersucht, weil thematisch unverzichtbar. Ausgehend von einer geschicht-

lichen Retrospektive und einer Feststellung des Status quo, haben alle Autorinnen und Autoren den Blick (aus unterschiedlichen –winkeln) in die Zukunft gerichtet und versucht, Prognosen abzugeben. Abgerundet und aufgewertet werden die Beiträge durch internationale Beispiele und Interviews mit Fachleuten.

#### Herausgegeben von: Bernhard Müller

ISBN: 978-3-200-06846-9  
 EUR 25,- (zzgl. Versandkosten)  
 Erschienen 2020, 292 Seiten

